


Position zu den Strategien von Kriminalisierung, Einschüchterung und Hetze durch Amtsgericht, Staatsanwaltschaft, Polizeipräsidium Gießen und angeschlossene Polizeistationen in Stadt und Kreis Gießen sowie die Stadtverwaltung, mehrere Parteien und die Tageszeitungen in Gießen

der  *Autonome Menschen ohne Label und kollektive Identität aus dem Umfeld der Projektwerkstatt in Saasen. Gruppe X*

1.3.2004

Den entfesselten Rechtsstaat stoppen!

Die von verschiedenen Gruppen vorgelegte Dokumentation zu Täuschungen, Tricks und Hetze seitens Polizei, Justiz, Politik und Presse in und um Gießen zeigt an etlichen Beispielen, wie die Durchsetzung von Herrschaft funktioniert. Das Gewaltmonopol des Staates wird verknüpft mit der gerichteten Kommunikation. Immer mehr wird es zum Werkzeug der herrschenden Eliten gegen die Reste unabhängiger Opposition. Neue Gesetze kommen hinzu und erweitern die Unterdrückungsmöglichkeiten immer mehr.

Aus der Fülle von Aspekten und Fragen, die diese Dokumentation aufwirft, möchten wir fünf prägnante herausgreifen und an ihnen die bestehenden strukturellen Gewaltverhältnisse durch einen autoritären Staat verdeutlichen.

Polizei auf eigene Faust

Ständig werden die Gesetze dahingehend geändert, dass die Polizei mehr Vollmachten erhält, eigenständig Menschen und Orte zu kontrollieren, Freiheit zu rauben, Häuser und Personen zu durchsuchen. Gleichzeitig wird Gewalt durch Polizei gedeckt, die Androhung von Gewalt ist ohnehin an der Tagesordnung – nicht erst seit dem Fall des Polizeivizepräsidenten Daschner aus Frankfurt. In Gießen ist der Satz „Bei uns ist schon mal jemand die Treppe runtergefallen“ ein allgegenwärtiger Spruch bei Festnahmen und Verhören. Zugespitzt wird die Lage durch das willfähige Giessener Amtsgericht, das (mit wenigen Ausnahmen) den autoritären Stil der Giessener Polizei mitträgt. Der Staatsschutz des Giessener Polizeipräsidium agiert in seiner Praxis immer stärker geheimdienstlich. Der Einsatz von Nachbarn zur Überwachung politischer Opposition zeugt von anderen Denkweisen und Strategien als in der Propaganda der Rechtsstaatlichkeit vorgegaukelt werden.

RichterInnen als Vollstrecker der Exekutive

Vor allem das Amtsgericht Gießen agierte in den vergangenen Monaten immer wieder als williger Vollstrecker der Exekutive. Stadtverwaltung, Politik und Polizei konnten auf die Rückendeckung der AmtsrichterInnen zählen, wenn diese im Vorfeld oder manchmal auch im Nachhinein formal deckten, was andere in blindem Verfolgungswahn anzettelten. Einige Male mussten die schnell verfassten Unterschriften bereits in der Folgeinstanz korrigiert werden. Wenn aber RichterInnen nicht mehr die Bürgerrechte schützen vor den Verfolgungsbehörden und den Interessen der Mächtigen, sondern deren Zuarbeit leisten, dann übernehmen sie strukturell die Logik des Volksgerichtshofes, d.h. der rechtssprechenden Unterstützung von Exekutive.

Medien als Akzeptanzbeschaffung autoritärer Politik

Die Giessener Medien sind weder eine breite Nachrichtenplattform noch ein Ort der Dokumentierung unterschiedlicher Positionen, von Regierungspolitik und Opposition. Seit Jahren zensieren sie elitenkritische Meinungen – berichtet wird höchstens von den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen der Eliten. Das Leben von Obdachlosen, Gefangenen, Abschiebehäftlingen und anderen Ausgrenzten ist ebenso wenig Gegenstand der Berichterstattung wie der unabhängige politische Protest. Mit der Zunahme dieses Proteste sind die Medien zudem dazu übergegangen, ihn zu kriminalisieren und eine Stimmung aufzubauen, die sowohl in der Bevölkerung Haß schüren als auch Polizei und Justiz zu hartem Durchgreifen animieren sollte. Ein Hauch des „Stürmers“ liegt in der Luft aktueller Medienorientierung – die Dokumentation zeigt das an einigen Beispielen sehr deutlich. Sie stehen für mehr, wie wir selbst immer wieder erfahren.

Kriminalisierung von Protest

Die kreativen und widerständigen Aktionen gegen Machtstrukturen und Law-and-Order-Politik haben in keinem Fall Menschen oder ihre Gesundheit gefährdet, ihr Eigentum nicht angetastet und niemals Menschen wegen ihres Lebensstils, ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer Bildung oder ihres Reichtums angegriffen. Ziel war immer die öffentliche Aufklärung oder die Aktion an den Orten von Unterdrückung und Ausbeutung. Dennoch werden solche Protestformen kriminalisiert, während in vielen Fällen Gewalt gegen Menschen bagatellisiert wird – vor allem wenn sie sich von Angehörigen der Elite gegen sozial Ausgegrenzte richtet: Die Schläge von PolitikerInnen oder Polizei gegen DemonstrantInnen wurden ebenso wenig von Justiz oder Polizei verfolgt bzw. von der Presse skandalisiert wie ein Nichtdeutsche schlagender CDU-Landtagsabgeordneter. Es ist offensichtlich, dass der Protest selbst der Grund ist für diese Kriminalisierung. Die Herrschenden fühlen sich offensichtlich von Kritik mehr gestört als von Gewalt gegen Menschen.

Ausdehnung auf viele – Streuung ersetzt das Zielen!

Kriminalistisch ist das Vorgehen in Gießen ebenso zu kritisieren wie politisch. Die Masse an erfundenen Vorwürfen, Kriminalisierungen in Bagatelldfällen und das ständige Nennen von Schuldigen ohne jegliches Gerichtsverfahren sollen den Eindruck einer großen Bedrohung vermitteln, ausgrenzen und das Handeln der Herrschenden verschleiern. Die gerade nach dem Prozeß vom 15.12.2003 noch zunehmende Menge an Verfahren zeigt, dass hier Opposition großflächig ausgeschaltet werden soll. Immer mehr Gruppen werden dabei neu hineingezogen.

Diese wenigen Aspekte, noch mehr aber die ausführliche Dokumentation, sollten reichen, um endlich Schluß zu machen mit dem blinden Glauben an die unabhängige Justiz, die dem Recht verpflichtete Polizei als „Freunde und Helfer“ der Menschen und eine Politik, die selbst in der Debatte um innere Sicherheit vorgibt, den Menschen zu dienen. Nein – mit einigen Ausnahmen von Menschen, die versuchen im System der Seilschaften nach ihrem Gewissen zu handeln, sind Polizei, Justiz, Presse und Politik Organe der Durchsetzung von Interessen weniger. Opposition stört in dieser Logik nur und muß kriminalisiert und ausgeschaltet werden. Die Mittel dafür werden ständig ausgebaut. Für ein schöneres, gleichberechtigtes Leben aller Menschen aber nützt das nichts!